

Zwischenmitteilung Mainova-Konzern zum 30. September 2015

Rahmenbedingungen

Energiepolitische Entwicklung

Bundeskabinett beschließt energiepolitisches Maßnahmenpaket für den Strommarkt der Zukunft

Das Bundeskabinett hat im November ein energiepolitisches Maßnahmenpaket für den Strommarkt der Zukunft beschlossen. Die weitreichenden energiepolitischen Maßnahmen umfassen im Einzelnen das Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarkts, den Entwurf für die Kapazitätsreserveverordnung und das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende.

Kabinettsbeschluss zur Neuregelung des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes

Ende September hat das Bundeskabinett den Gesetzesentwurf für die Neuregelung des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes vorgelegt, das im Januar 2016 in Kraft treten soll.

Der Kabinettsbeschluss sieht vor, das bisherige KWK-Ausbauziel von 25 % an der gesamten Stromerzeugung aufzugeben und nur noch einen Anteil von 25 % an der regelbaren Stromerzeugung anzustreben. Daneben sieht der Entwurf vor, Kohle-KWK-Anlagen künftig nicht mehr zu fördern und stattdessen alternativen Brennstoffen eine erhöhte Förderung zukommen zu lassen.

Konjunkturelle Entwicklung

Nach einem soliden Wachstum des saison- und kalenderbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den ersten beiden Quartalen um 0,3 % beziehungsweise 0,4 % gegenüber dem jeweiligen Vorquartal gehen die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute davon aus, dass sich die Expansion im dritten Quartal in etwa im gleichen Tempo fortgesetzt hat. Gestützt wurde diese Entwicklung vom privaten Konsum. Dieser profitierte von der Lage am Arbeitsmarkt mit zunehmenden Beschäftigungszahlen und Lohnsteigerungen. Wesentliche Impulse gingen auch vom steigenden Export aus. Dämpfend auf die Konjunktur könnte sich im weiteren Jahresverlauf die angespannte Lage im Euroraum auswirken. Zudem bestehen Sorgen um die chinesische Wirtschaft und eine insgesamt schwächere Weltwirtschaft. Darüber hinaus entwickeln sich Investitionen schleichend und es werden sinkende Exporte erwartet. Bis zum Jahresende wird insgesamt mit einer Zunahme des BIP um 1,7 % im Vergleich zum Vorjahr gerechnet.

Entwicklung der Energiepreise und des CO₂-Emissionshandels

Eine entspannte Versorgungslage und niedrige Ölpreise haben sich in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahrs dämpfend auf die Großhandelspreise für Strom, Kohle und

Erdgas ausgewirkt. Preiszuwächse bei Emissionsrechten gingen auf kontinuierliche Reformbemühungen des weiter deutlich übertversorgten Marktes zurück. Im ersten Quartal wirkten ein gegenüber dem Vorjahr kühlerer Temperaturverlauf sowie politische Konflikte, wie der zwischen der Ukraine und Russland, zwischenzeitlich preisstützend.

Im Berichtszeitraum zeigte sich der durchschnittliche **Kohlepreis** für das Frontjahr in der ARA (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen)-Region (API2) mit 57,38 US-Dollar pro Tonne um rund 29 % günstiger als im Vorjahr. Seit dem Jahresanfang sank die Notierung um rund 26 %. Neben dem deutlichen Ölpreisverfall, der zu Senkungen von Förder- und Transportkosten führte, sorgte ein weltweites Überangebot bei moderater Nachfrage für anhaltenden Preisdruck. Angebotsseitig begünstigte ein aufgewerteter US-Dollar gegenüber Währungen großer Exporteure wie Südafrika, Kolumbien und Australien höhere Exporte.

Der durchschnittliche Preis für **Rohöl** der Sorte Brent mit Lieferung im Folgejahr lag im Zeitraum Januar bis September mit 63,63 US-Dollar pro Barrel um 38 % unter dem Preis des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Nach einer Mitte Januar einsetzenden Preiserholung gaben die Preise zwischen Juni und August deutlich nach. Im Vergleich zu der Notierung Anfang Januar sank der Preis um rund 22 %. Aufgrund nur zaghafter Produktionsrückgänge in den USA, einer deutlich über der Quote verlaufenden OPEC-Produktion und einer Mitte Juli erfolgten Einigung im Iran-Atomstreit zeichnet sich kein schneller Abbau des massiven Überangebotes am Ölmarkt ab. Eine im Einklang mit den niedrigen Ölpreisen anziehende Nachfrage und eine seit Ende August wieder einsetzende Reduzierung amerikanischer Bohraktivitäten führte im September zu einer leichten Preisstabilisierung des Frontjahreskontraktes.

Der durchschnittliche **Erdgaspreis** für das Frontjahr im Marktgebiet NCG (NetConnect Germany) verzeichnete in den ersten neun Monaten des Jahres gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum einen Wertverlust von knapp 15 % auf 21,22 Euro pro MWh. Ende September notierte der Kontrakt etwa 9 % unter dem Jahresbeginn. Im ersten Quartal wirkten sich eine erneute Eskalation des Ukraine-Konflikts, eine normal verlaufende Winternachfrage, Produktionseinbußen in den Niederlanden und geringe Importe aus Russland preisstützend aus. Im zweiten und dritten Quartal entspannte sich die Lage mit steigenden Gaslieferungen aus Russland und geringer Nachfrage deutlich. Weiterhin konnte der ukrainisch-russische Gasstreit vor Beginn der Heizperiode beigelegt werden.

Der durchschnittliche Preis für **Emissionsrechte** (EU Allowances – EUA) des Terminkontrakts mit Fälligkeit im Dezember 2016 konnte sich in den ersten neun Monaten auf einem deutlich höheren Niveau behaupten. Dieser lag mit 7,58 Euro pro Tonne um rund 27 % über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Von Anfang Januar bis Ende September stieg der Preis um 13 %. Das Marktgeschehen wurde maßgeblich von der europäischen Politik bestimmt. Stützend wirkten sich hier erste Fortschritte bei einer Reform des CO₂-Handels aus. Hierunter fallen das sogenannte Backloading, das 40 %-CO₂ Reduktionsziel bis 2030 sowie die Einführung einer Markt-Stabilitätsreserve ab 2019.

Einen Rückgang von rund 10 % verzeichnete der Preis des Grundlastkontrakts für das **Strom**-Kalenderjahr 2016. Dieser notierte im Mittel bei 31,63 Euro pro MWh. Im Vergleich zum Jahresbeginn sank die Notierung ebenfalls um 10 %. Hauptursache für die weiter fallenden Preise waren die deutlich gesunkenen Brennstoffpreise sowie der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien. Dagegen haben sich die anziehenden Notierungen für CO₂ sowie relativ feste Spot- und Monatspreise im Sommer zwischenzeitlich leicht stabilisierend ausgewirkt.

Geschäftsverlauf

Ertragslage

Das Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT) belief sich auf 79,9 Mio. Euro (Vorjahr 63,4 Mio. Euro). Bereinigt um Ergebniseffekte aus der stichtagsbezogenen Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten nach IAS 39 belief sich das EBT auf 86,5 Mio. Euro (Vorjahr 65,8 Mio. Euro). Der Ergebnisanstieg resultierte insbesondere aus den witterungsabhängigen Segmenten Gas- und Wärmeversorgung und war vor allem durch die Normalisierung der Temperaturverhältnisse im Vergleich zu dem sehr warmen Vorjahreszeitraum verursacht. Ferner machte sich die Optimierung der Gasbezugskosten positiv bemerkbar. Gegenläufig wirkten sich Risikovorsorgen aus, die aufgrund der äußerst unbefriedigenden Situation der Gaskraftwerke erforderlich waren.

Die Umsatzerlöse und der Absatz haben sich im Einzelnen wie folgt entwickelt:

Die Umsatzerlöse des Mainova-Konzerns in Höhe von 1.424,2 Mio. Euro lagen um 69,1 Mio. Euro unter dem Vorjahreszeitraum.

Im Stromgeschäft sank der Umsatz um 67,9 Mio. Euro auf 773,0 Mio. Euro. Dies resultierte unter anderem aus Mengenrückgängen und Preissenkungen im Vertriebsgeschäft. Auch die Handelsaktivitäten lagen unter dem Vorjahresniveau. Insgesamt reduzierte sich der Absatz im Stromgeschäft um 6,3 % auf 7.667 Mio. kWh.

Im Gasgeschäft gingen die Umsatzerlöse und der Absatz durch ein deutlich geringeres Handelsvolumen zurück. Das Vorjahr war geprägt durch hohe Rückverkäufe aufgrund der ungewöhnlich warmen Witterung. Gegenläufig stiegen die Erlöse und der Absatz im Vertriebsgeschäft aufgrund der deutlich niedrigeren Temperaturen im laufenden Jahr. Insgesamt führte dies zu einem um 29,5 Mio. Euro auf 359,8 Mio. Euro gesunkenen Umsatz bei einem Absatzrückgang um 6,5 % auf 8.750 Mio. kWh.

Im Wärmegeschäft beliefen sich die Umsatzerlöse auf 92,3 Mio. Euro und lagen damit um 9,2 Mio. Euro über dem Vorjahresniveau. Der Absatz stieg bedingt durch die im Vergleich zum Vorjahr kältere Witterung um 16,1 % auf 1.309 Mio. kWh.

Die Wassererlöse lagen mit 52,2 Mio. Euro nahezu auf Vorjahresniveau.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme verringerte sich im Vergleich zum Ende des Geschäftsjahres 2014 um 110,1 Mio. Euro auf 2.666,2 Mio. Euro.

Auf der Vermögensseite entfiel der Rückgang der langfristigen Vermögenswerte um 43,4 Mio. Euro überwiegend auf die Beteiligungsbuchwerte der nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen. Diese sanken insbesondere durch die Ausschüttungen der Vorjahresergebnisse um 35,9 Mio. Euro. Die kurzfristigen Vermögenswerte verringerten sich um 66,7 Mio. Euro. Ursächlich hierfür waren saisonal und witterungsbedingt rückläufige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, geringere Finanzmittel aus dem Cash Pooling sowie die Stichtagsbewertung von Derivaten.

Der Anstieg des Eigenkapitals um 52,3 Mio. Euro resultierte überwiegend aus dem Ergebnis nach Ertragsteuern, welches noch nicht an die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) abgeführt wurde. Die Eigenkapitalquote lag mit 40,2 % über dem Niveau zum 31. Dezember 2014 (36,7 %).

Die lang- und kurzfristigen Finanzschulden haben sich durch Darlehenstilgungen um 50,3 Mio. Euro verringert. Bei den übrigen kurzfristigen Schulden führte vor allem der Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 57,9 Mio. Euro und der übrigen Verbindlichkeiten um 50,3 Mio. Euro zu der Verminderung der Schulden um insgesamt 162,4 Mio. Euro. Die gesunkenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen waren im Wesentlichen durch den geringeren Energiebezug in den Sommermonaten begründet. Der Rückgang der übrigen Verbindlichkeiten war überwiegend auf die zum Jahresabschluss noch enthaltenen und inzwischen beglichenen Verbindlichkeiten aus Gewinnabführung sowie auf geringere Steuerverbindlichkeiten und die Bewertung von derivativen Finanzinstrumenten zurückzuführen.

Finanzlage

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit nahm gegenüber dem Vorjahr um 22,6 Mio. Euro ab und lag bei 162,0 Mio. Euro. Im Vorjahr reduzierten sich die Forderungen deutlich stärker als die Verbindlichkeiten, während sich im laufenden Jahr ein Rückgang von Forderungen und Verbindlichkeiten in etwa gleicher Höhe gegenüber standen.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit lag um 59,0 Mio. Euro über dem Vorjahr und belief sich auf -41,7 Mio. Euro. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen hohe Auszahlungen aus Geldanlagen aus dem Cash Pooling mit der SWFH im Vorjahr.

Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 115,0 Mio. Euro erhöhten sich insbesondere durch höhere Tilgungen von Finanzschulden.

Der Finanzmittelfonds in Höhe von 21,9 Mio. Euro (16,6 Mio. Euro zum 31. Dezember 2014) setzte sich aus Kassenbeständen und Bankguthaben zusammen. Unter Berücksichtigung der Guthaben aus dem Cash Pooling bei der SWFH ergab sich ein Finanzmittelbestand in Höhe von 159,3 Mio. Euro (163,3 Mio. Euro zum 31. Dezember 2014).

Ausblick

Bei weiter planmäßigem Geschäftsverlauf gehen wir davon aus, in etwa ein Ergebnis auf Vorjahresniveau zu erreichen.